



Neues aus Düsseldorf

Ausgabe 04/2017

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

mit meinem September-Newsletter melde ich mich aus Sommerpause zurück. Seit meinem letzten Newsletter im April hat sich einiges – auch für mich persönlich – verändert. Die SPD im Landtag ist nun in der Oppositionsrolle. Auch wenn das Ergebnis meiner Partei bei der Landtagswahl im Mai mich sehr traurig gestimmt hat, so freue ich mich dennoch auf die intensive Arbeit als Abgeordneter in den kommenden fünf Jahren.

In dieser Legislaturperiode bin ich ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung sowie im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz. In Letzterem bin ich seit Juli 2017 Sprecher für die SPD-Fraktion. Zudem bin ich noch stellvertretendes Mitglied in den Ausschüssen für Verkehr und Digitalisierung. Nachdem in der letzten Landesregierung die Aufgabenverteilung unter den Koalitionspartnern klar geregelt gewesen ist, gilt es nun das sozialdemokratische Profil insbesondere für die Bereiche Umwelt- und Naturschutz weiter zu schärfen und dies mit sozialen und wirtschaftlichen Fragen in Einklang zu bringen ist. Daran will ich mitarbeiten und in der Opposition ein kritisches Auge auf die Landesregierung werfen.

In den kommenden Tagen sind wir nun im Wahlkampfendspurt für die Bundestagswahl am Sonntag. Jede Unterstützung wird gebraucht, damit es in unserem Land endlich einen Wechsel gibt. Martin Schulz ist der richtige Bundeskanzler, weil er mit Herz und Verstand und vor allem einer Vision unser Land nach vorne bringen möchte. Dafür gilt es zu kämpfen. Denn gerade die erste Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten in NRW hat gezeigt, wie schnell die vollmundigen Versprechungen, die die CDU den Wählerinnen und Wählern im Wahlkampf gemacht hat, sich in leere Worthülsen wandeln. Und das bereits nach nur einigen Wochen Regierungsverantwortung. Nach Erhellendem zur Sozialpolitik kann man lange suchen und im Bereich der Wirtschaftspolitik werden alte Muster der neuen Landesregierung deutlich: Privat vor Staat ist leider nicht vom Tisch, sondern aktueller denn je. Insgesamt war die Erklärung eine Enttäuschung, oder kurzum: Maß und Mitte? Mittelmaß!

Die Rede unseres Fraktionsvorsitzenden Norbert Römer als Antwort auf die Regierungserklärung kann [hier](#) abgerufen werden.

Viel Spaß beim Lesen meines Newsletters und vielleicht sieht man den ein oder anderen am Donnerstag in Coesfeld zur BikeNight anlässlich der Klimawoche.

Beste Grüße

André Stinka MdL

WICHTIG: NRW MUSS STARKER STANDORT FÜR WINDENERGIE BLEIBEN



Den von der Landesregierung eingebrachte Antrag zum Windenergieerlass lehnt die SPD-Fraktion entschieden ab. Denn damit werden der Innovationsstandort NRW im Bereich der Erneuerbaren Energien und die damit verbundenen guten Arbeitsplätze langfristig beerdigt. Der Windenergieerlass sieht einen Mindestabstand für neue Windenergieanlagen zur Wohnbebauung von 1500 Metern vor. Dieser Erlass ist auf Jahre unumkehrbar: Er wird die Arbeitsplätze in diesem für NRW so wichtigen Wirtschaftsbereich drastisch abbauen und damit den Menschen und dem Innovationsstandort schaden. Mit ihrem

Erllass ignoriert die Landesregierung die Interessen der hiesigen Wirtschaft, wie aktuell der Aufschrei von 61 Unternehmen und 16 kommunalen Versorger zeigt. Sie kritisieren offen die Landesregierung für ihre innovations- und investitionsfeindliche Politik im Bereich der Windkraft. Die SPD Fraktion ist für den Ausbau der Erneuerbaren Energie mit Windkraft in NRW und unterstützt die Unternehmen und Stadtwerke in ihrer Kritik an dem Vorhaben der Landesregierung. Sie fordert daher den Wirtschaftsminister auf, die geordneten Bahnen beim Windenergieausbau nicht zu verlassen. Anstelle des Windenergieerlasses fordern wir von der Landesregierung ein umfassendes Konzept zu Wirtschaftschancen der Energiewende in NRW, um die Zukunftsfähigkeit und Innovationsfähigkeit von NRW zu sichern.

JUSOS AUS DEM KREIS COESFELD ZU GAST IM LANDTAG



André Stinka, Dülmener SPD-Landtagsabgeordneter und Vorsitzender des SPD Unterbezirks ist politisches Engagement wichtig: „Insbesondere unsere Jugend gilt es zu fördern“, erklärt Stinka. Daher lud der Abgeordnete engagierte Jugendliche der SPD-Jugendorganisation (Jusos) aus dem Kreis Coesfeld in den Landtag ein, um mit ihnen verschiedene Themen direkt zu diskutieren.

Stinka selbst war von 1990 bis 1998 Sprecher der Jusos im Kreis Coesfeld und weiß aus dieser Zeit gut um die Probleme der politischen Jugendarbeit. „Für junge Leute ist es manchmal schwierig, ihre Themen durchzusetzen. Genau aus diesem Grund ist mir das persönliche Gespräch so wichtig“, betont Stinka.



Im Fokus der Diskussion stand die Frage über die Zukunft des Windkraft-Ausbaus. Interessiert diskutierten die Jugendlichen mit Stinka über die Meinungen der einzelnen Parteien zu diesem Thema. Eines wurde in der Diskussion deutlich: „Die FDP handelt zukunftsfeindlich, wenn sie versucht, mit ihrem Anti-Windkraft-Feldzug Stimmung zu machen. Eine Zukunftsbranche in NRW wird gefährdet und die Klimaziele werden so in Frage gestellt“, so Stinka.

Im Anschluss an das Informationsprogramm im Landtag und die Diskussion besuchte Stinka gemeinsam mit der Gruppe das Haus der Parlamentsgeschichte in der Villa Horion, dem ehemaligen Sitz des Ministerpräsidenten.

AUF ABWEGEN: CDU UND FDP STEuern MIT VOLLGAS INS DIESEL-FAHRVERBOT!

Es handelt sich nicht um eine in der Öffentlichkeit heiß diskutierte Dieseldieselkrise, sondern vielmehr um einen Abgasskandal. Denn die Dieseldieseltechnik ist ausgereift, effizient und bewährt. Sie ist bei konsequenter und verantwortungsvoller Anwendung der technischen Möglichkeiten umweltpolitisch vertretbar. CDU und FDP steuern allerdings mit Vollgas in die drohenden Diesel-Fahrverbote, da sie einerseits oberflächlich den Abgasbetrug der Autoindustrie beklagen, andererseits aber die wirklich wirksamen Nachrüstungen der Bestandsflotte der Diesel-Pkws ablehnen. Eine solche Politik schützt die Automobilindustrie und ist gegen die Interessen der betroffenen und betrogenen Autokäufer. Die SPD-Fraktion fordert aus umwelt- und verbraucherchutzpolitischen Gründen die Landesregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung endlich für wirksame Maßnahmen jenseits des „Dieselgipfels“ einzusetzen.

[Drucksache 17/513](#)

UNGERECHT: SPD FORDERT BEFREIUNG VON KITA-GEBÜHREN FÜR FAMILIEN



Kita-Gebühren stellen eine enorme finanzielle Belastung für Familien dar. In kaum einem anderen Bildungsbereich ist der Anteil der privaten Ausgaben so hoch wie in der frühkindlichen Bildung. Die SPD-Fraktion will Familien von diesen sozial ungerechten Abgaben befreien. Während die SPD in NRW Kita-Gebühren auch durch zusätzliche Landesmittel abschaffen will, verweisen CDU und FDP auf den Bund. Nur wenn dieser zusätzliche Mittel bereitstellt, würde auch Schwarz-Gelb in NRW aktiv. Jedoch wird dieses Ziel auf Bundesebene weder von der CDU noch der FDP verfolgt. Einzig die SPD will Familien durch gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Hochschul- beziehungsweise Meisterabschluss entlasten.

Die SPD fordert die Landesregierung auf, sich beim Bund für zusätzliche Mittel einzusetzen, um gebührenfreie frühkindliche Bildung zu ermöglichen und Eltern finanziell zu entlasten. Zudem sollten die finanziellen Möglichkeiten NRWs genutzt und zeitnah ein Gesetz für gebührenfreie frühkindliche Bildung vorgelegt werden.

[Drucksache 17/507](#)

IM KRISENFALL: LANDESREGIERUNG MUSS VERBRAUCHER BESSER INFORMIEREN

Der Fipronil-Eierskandal zeigt erneut, wie anfällig die Lebensmittelproduktion für nicht sachgemäßes und rechtswidriges Handeln ist. Es genügt ein krimineller Eingriff und die gesamte Kette der heutigen Lebensmittelproduktion gerät durcheinander.

Die ersten Leittragenden sind meist die Verbraucherinnen und Verbraucher. Zugleich haben diese derzeit nur wenige Möglichkeiten, um Herkunft und Qualität der Lebensmittelbestandteile zu prüfen. Die SPD-Fraktion fordert die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass bei der Kennzeichnung von Lebensmitteln, die Ei enthalten, die Haltungsform der Legehennen aufgeführt werden muss. Sie fordert insbesondere, dass in einem künftigen Krisenfall Bundesbehörden und Landesbehörden zu verständlichen, einheitlichen und aktuellen Handlungsempfehlungen für die Verbraucherinnen und Verbraucher kommen.

[Drucksache: 17/509](#)

GERECHT: BESOLDUNG DER LEHRKRÄFTE MUSS AUF DEN PRÜFSTAND!

Seit 2009 durchlaufen alle Lehramtsanwärter die gleiche Ausbildung. Dies ist Ausgangspunkt für die Forderung nach einer gleichen Besoldung. Doch die Ungerechtigkeit bei der Besoldung ist nur ein Teil des Problems. Das Land kann und muss die Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten der Lehrerinnen und Lehrer so ausgestalten, dass daraus ein zukunftsfähiges Konzept entsteht. Themen dabei sind unter anderem Unterrichtsversorgung, Ganztagschulen und kleine Schulstandorte. Daher wird die Landesregierung aufgefordert, die Vorkehrungen für eine Anpassung der Besoldung vorzunehmen, dabei auch die Unterschiede zwischen verbeamteten und angestellten Lehrkräften sowie die Arbeitszeiten in den Blick zu nehmen.

[Drucksache 17/516](#)

ENTTÄUSCHEND: LANDESREGIERUNG MACHT NEUE HAUSHALTSSCHULDEN



Der Entwurf eines Nachtragshaushalts 2017 der neuen Landesregierung ist in der Summe eine Enttäuschung. Statt der vollmundig angekündigten Wende in der Finanzpolitik und dem Abbau von Schulden, werden trotz einer mehr als positiven Bilanz der Vorgängerregierung 1,55 Milliarden Euro neue Schulden gemacht. Dabei schlägt die Rückzahlung eines Darlehen an den Bau- und Liegenschaftsbetriebs mit 885 Millionen Euro am meisten zu Buche. Hier schafft sich der neue Finanzminister ein Polster für die nächsten Jahre.

Die Krankenhausfinanzierung belastet die Kommunen mit 100 Millionen Euro und im Regierungsapparat schaffen sich Laschet & Co. erstmalig 139 neue Stellen sowie einen kostspieligen Umzug für 800 000 Euro. Die positiven Ansätze, wie die zusätzlichen Einstellungen bei der Polizei, sind keine Innovationen von Schwarz-Gelb, sondern Ideenklau aus dem SPD-Wahlprogramm.

[Drucksache 17/538](#)

„NEUE LANDESREGIERUNG BELASTET DEN KREIS COESFELD MIT MEHR ALS 1,2 MILLIONEN EURO!“

Mit dem Nachtragshaushalt 2017 hat die schwarz-gelbe Landesregierung beschlossen, einmalig die Krankenhausinvestitionsförderung zu erhöhen. An der Gesamtsumme von insgesamt 250 Millionen Euro sollen allerdings die Kommunen in Höhe von 100 Millionen Euro beteiligt werden.

Dazu erklärt der Dülmener SPD-Landtagsabgeordnete André Stinka:

„Krankenhäuser sind ein wichtiger Bestandteil der medizinischen Grund- und Notfallversorgung in Nordrhein-Westfalen. Um eine hohe Qualität und Leistungsfähigkeit sicherzustellen, ist eine ausreichende Finanzierung unerlässlich. Das Vorhaben der CDU/FDP-Koalition ist allerdings unseriös, da sie der Öffentlichkeit hier auf unverfrorene Weise Wohltaten verkauft, die sie sich durch die Städte teuer bezahlen lässt. Die Krankenhausfinanzierung muss jedoch Aufgabe des Landes sein! Die von der schwarz-gelben Landesregierung im Nachtragshaushalt geplante Erhöhung des Fördermittelansatzes für Krankenhausinvestitionen hat dagegen gravierende Auswirkungen auf die laufenden kommunalen Haushalte. Für den Kreis Coesfeld würde sich die Krankenhaus-Umlage noch in diesem Jahr um mehr als 1,2 Millionen Euro erhöhen. Dieses Geld fehlt dann an anderer Stelle. Zudem sind zusätzliche Ausgaben zu einem so späten Zeitpunkt in der Haushaltsausführung nach Einschätzung des Städtetages NRW auch rechtlich problematisch.“

Hintergrund:

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat in ihrer Kabinettsitzung am 5. September 2017 den Entwurf des Nachtragshaushalts 2017 verabschiedet. Dort sind unter anderem 250 Millionen Euro höhere Investitionsfördermittel für die Krankenhäuser vorgesehen.

Diese an sich begrüßenswerte Maßnahme im Sinne der Krankenhausinfrastruktur führt zu einer Erhöhung der Krankenhaus-Umlage für die Kommunen in Höhe von 100 Millionen Euro, die zudem noch in diesem Jahr ergebniswirksam wird. Nicht nur die Höhe der kommunalen Mitfinanzierung, sondern auch die Kassenwirksamkeit zu einem so späten Zeitpunkt in der Haushaltsausführung stellt eine besondere Belastung der Städte und Gemeinden dar, die das Handeln des Landes auch in rechtlicher Hinsicht problematisch macht.

VON NOTTULN NACH NEW YORK



Neunzig Tretmülleimer des Nottulner Unternehmens ERPA haben sich auf die lange Reise „über den Teich“ nach New York gemacht und sind nun im Museum of Modern Art (MOMA) zu finden. „Mir war schon klar, wie gut die Unternehmen im Kreis Coesfeld sind, aber Abfallbehälter, die aus Nottuln in eine der größten Metropolen der Welt geschickt werden, sind schon etwas ganz Besonderes“, erklärt der Dülmener SPD-Landtagsabgeordnete André Stinka beim Besuch des Nottulner Unternehmens.

André Stinka, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, und Manfred Kunstlewe aus dem SPD-Ortsverband Nottuln, waren beeindruckt von der Qualität der Produkte, die Jörg Sachs – Chef des Unternehmens – und sein Team herstellen. Schließlich ist jedes Stück Handarbeit und das bereits seit 1928. „Die Tatsache, dass die Menschen gute Qualität und die Langlebigkeit der Produkte von ERPA zu schätzen wissen, ist ein gutes Zeichen in Zeiten, in denen wir von einer Wegwerf-Gesellschaft sprechen“, betont Stinka.

RICHTIG: STEUER-KURS VON NORBERT WALTER BORJANS BEIBEHALTEN



Weit über die Grenzen von Nordrhein-Westfalen hinaus hat sich der ehemalige NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans einen Namen im Kampf gegen Steuerbetrug und –missbrauch gemacht. Galten Steuervergehen bis vor wenigen Jahren noch als Kavaliersdelikt, ist man sich heute über die Parteigrenzen einig, dass solche Praktiken dem Gemeinwohl schaden. Deshalb hat die SPD-Fraktion mit Wohlwollen die Äußerungen des neuen Finanzministers vernommen, welcher auch in Zukunft Steuer CDs ankaufen will, um Steuer-Betrügern das Handwerk zu legen.

Wir wollen Schwarz-Gelb mit dem Antrag dazu auffordern, sich klar zum Kampf gegen Steuerhinterziehung und –betrug zu bekennen. Die neue Landesregierung wollen wir dabei unterstützen, wenn sie die finanziellen und personellen Ressourcen verstärken wird. Untrennbar mit dieser Arbeit ist das Finanzamt für Steuerstrafsachen in Wuppertal verbunden. Von hier aus wurden die Geschäfte von Banken rund um Cum-Ex und Cum-Cum aufgedeckt und verfolgt. Diese dort bewährten Strukturen gilt es zu stärken und zu erhalten.

[Drucksache 17/515](#)